



LOKALE BEILAGE FÜR MARZAHN-HELLERSDORF



Seite 2



Seite 3:

Asylkosten?
Senat hat
„keine Ahnung!“



Seite 4:

Senat: Windräder
vor Ihrer Haustür!

Kiminialstatistik 2023: Berlin wird Messer-Hauptstadt



Im März wurde die unverzeihliche polizeiliche Kriminalstatistik für Berlin 2023 veröffentlicht und sie ist erschreckend!

Es gibt aber noch weitere Fakten, die bedeutend sind, vom Senat aber gern verschleiert werden: 42,9% der Straftaten wurden von Ausländern begangen, dabei wird der Anteil von Straftätern mit Migrationshintergrund noch nicht einmal erfasst.



Bei über 3.500 Straftaten wurden Messer verwendet!

Gefährliche Körperverletzung auf der Straße stieg um 17,5%, Gewalt von Jugendgruppen um 10,0% und räuberischer Diebstahl um 17,0%.

Besonders bedenklich ist auch die Zunahme von „Raubüberfällen in Wohnungen“ um 15,0%, „Einbrüche in Wohnungen“ um 42,1% - alle Zahlen jeweils im Vergleich zum Vorjahr.

Das Dokument bestätigt leider schwarz auf weiß:

Berlin ist nicht schon lange mehr sicher!

Das wirft die Frage auf: Wie will man Kriminalität bekämpfen, wenn man nicht nach den Ursachen, Motiven und Tätergruppen ermittelt? - Gar nicht! Die Zahlen bestätigen es jedenfalls.

Die Fakten müssen klar und sachlich, aber nicht ideologisch betrachtet werden, damit sich wirkungsvolle Maßnahmen zur Kriminalitätsbekämpfung

ableiten lassen. Sonst wird sich nichts bessern, die Stadt gefährlicher und der Unmut in der Bevölkerung wird weiter wachsen.

Wir, die Alternative für Deutschland, wollen nicht, dass Kriminalität und Gewalt nach Berlin einwandern - so wie es die Statistik schlussfolgern lässt. Dafür sind sichere Grenzen, konsequente Abschiebungen krimineller Ausländer und vor allem aussagekräftige Kriminalstatistiken notwendig.

Impressum Lokalteil:
AfD Alternative für Deutschland
Bezirksverband Marzahn-Hellersdorf
Eichhorster Weg 80, 13435 Berlin
marzahn-hellersdorf@afd.berlin

Telefon: +49 (0) 30 220 56 96 22
Handy: +49 (0) 157 864 22 444
V.i.d.S.P.: Gunnar Lindemann

Quellennachweis: eigene, pixabay



Fraktion der AfD in der BVV von
Marzahn-Hellersdorf
Helene-Weigel-Platz 8, 12681 Berlin
email@afd-fraktion-mahe.de
Telefon: 030 90293 5832





Unsere direkt gewählte Abgeordnete: **Jeannette Auricht** **Demokratiefördergesetz oder das Ende der Demokratie?**

Das Demokratiefördergesetz wird zunehmend als Werkzeug der Unterdrückung missbraucht. Viele Menschen haben bereits erkannt, dass die Demokratie in Deutschland abgeschafft wird. Spätestens diese Meldung sollte alle wahren Demokraten wachrütteln. Denn das ist ein grundlegender Demokratiebruch, wenn die Regierung sich willkürlich staatlicher Mittel bedient, um die Opposition zu bekämpfen. Jede politische Meinung, jede politische Kraft, jede politische Partei, die nicht dem linksgrünen Mainstream entspricht, soll dem Bürger durch Verunglimpfung und Verbot entzogen werden.

Das ist ernsthaft gefährlich!

Eine Schülerin wurde von der Polizei aus dem Unterricht geholt. Nicht, weil sie eine Straftat begangen hat. Nicht, weil von ihr eine Gefahr ausging. Nicht, weil sie gegen Regeln verstoßen hat ... oder etwa doch? Diese wahrscheinlich inszenierte Aktion sollte Schüler und Jugendliche verunsichern, verängstigen und einschüchtern.

Man zeigt der Jugend schon mal die „Instrumente“, wenn sie es wagen, kritische Meinungen zu äußern. Darum ging es. Frei nach dem Motto: „Bestrafe einen – erziehe hunderte.“ Solche Methoden offenbaren das wahre Gesicht derer, die sich selbst als „demokratisch“, „freiheitlich“ und „tolerant“ bezeichnen, aber denen jedes Mittel recht ist, an ihrer Macht festzuhalten.

Der Staat soll das Recht durchsetzen, nicht über Einstellungen wachen.

Genau darauf aber zielt Paus ab, wenn sie sagt: "Wir wollen dem Umstand

Rechnung tragen, dass Hass im Netz auch unterhalb der Strafbarkeitsgrenze vorkommt." "Viele Feinde der Demokratie wissen ganz genau, was gerade noch so unter Meinungsfreiheit fällt."

Man sollte meinen, dass "unterhalb der Strafbarkeitsgrenze" die Gedanken frei seien.

„In der Nachkriegsgeschichte war die Demokratie in unserem Land selten so in Gefahr wie heute.“ Hier gebe ich Herrn Haldenwang mal recht.

Fragt sich nur, wer die Gefahr heraufbeschworen hat: Eine politische Klasse, welche meint die parlamentarische Opposition nur noch mit offenbar allen auch undemokratischen Mitteln bekämpfen zu können. Oder die parla-

Wenn eine Demokratie dazu übergeht, loyal anders Denkende ihrer Rechte zu berauben, dann hat sie sich zur Diktatur gewandelt. Aus Mangel an Überzeugungskraft bedient sie sich nun selbst der Mittel, die sie einst bekämpfte.
(Erich Limpach)

mentarische Opposition?

Das Demokratiefördergesetz sieht jährlich 212 Millionen Euro für das Programm "Demokratie leben!" vor. Es werden 600 Projekte dauerhaft aus diesem Förderprogramm finanziert. Es wirkt so, als ob NGOs, diverse Vereine und die Regierung in einem ideologisch kohärenten System Hand in Hand arbeiten.

Dabei gibt es sicher Organisationen wie zum Beispiel die militante Antifa - oder die Amadeo-Antonio -Stiftung oder das Berliner Register mit seinen „Meldestellen“, für die der Steuerzahler vielleicht

nicht aufkommen möchte.

Die Bundeszentrale für politische Bildung hat einen Etat von 100 Millionen Euro und 400 Mitarbeitern, ähnlich wie "Demokratie leben!".

Das "Zukunftszentrum für die Deutsche Einheit und Europäische Transformation" in Halle hat geschätzte Kosten von 200 Millionen Euro und plant 180 Mitarbeiter.

Reichlich Geld also für die politischen Vorfeldorganisationen der Altparteien und ausgediente Parteikader, welche den Bürger mit alten Methoden a la Staatsbürgerschaftskunde erziehen sollen. Erziehen zum Ja-Sagen, mitlaufen und denunzieren.

Trotz der Fördermaßnahmen und des finanziellen Aufwands sinkt das Vertrauen in demokratische Institutionen.

Nur 40 Prozent der Deutschen glauben, Meinung frei äußern zu können

1990 waren es noch 78 Prozent - die Werte sind zunächst mit der Regierung Schröder, dann unter Merkel stetig gefallen, jetzt zur Halbzeit der Ampel haben sie ihren historischen Tiefpunkt erreicht.

Jeannette Auricht



Jeannette Auricht MDA

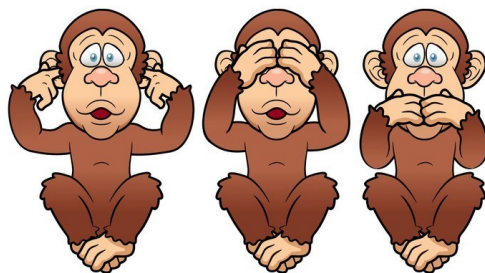
Ihre direkt gewählte Abgeordnete für Hellersdorf
Telefon: 030 / 76239809
Email: auricht@afd-fraktion.berlin
Internet: www.jeannette-auricht.de
Sprechstunden nach vorheriger Vereinbarung.



Unser direkt gewählter Abgeordneter: **Gunnar Lindemann** **Der Senat weiß von nichts?**



In den vergangenen Wochen und Monaten habe ich in meiner Eigenschaft als fachpolitischer Sprecher für Migration der AfD-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus mehrere schriftliche Anfragen an den Senat bezüglich verschiedener Sachverhalte, die Migration nach Berlin betreffend, gestellt. Die Antworten sind in wichtigen Einzelanfragen immer dieselben: Man weiß



von nichts. Diese (angebliche) Unwis-

senheit begründet man im besten Verwaltungsdeutsch mit der Standardfloskel, dass der angefragte Sachverhalt „statistisch nicht erfasst“ werde. Hier nur einige Beispiele, mit denen der CDU-geführte Senat versucht, Dinge unter den Teppich zu kehren:

Asylkosten im Bundesland Berlin (Drucksache 19/17553)

„Die Kosten für wohnungslose Menschen mit Fluchthintergrund, die zur Vermeidung von Obdachlosigkeit in den Unterkünften der sozialen Wohnhilfen der Bezirke untergebracht werden, werden nicht separat erfasst. Hierzu kann keine Angabe erfolgen.“

Asylsuchende in Berlin (Drucksache 19/17740)

„Die Anzahl an besonders vulnerablen Personen wird nicht statistisch erhoben, so dass eine Beantwortung im Sinne der Anfrage nicht möglich ist.“

Mehrfachidentitäten von Zuwanderern (Drucksache 19/17998)

„Eine statistische Erfassung im Sinne der Fragestellung erfolgt nicht, daher kann diese Frage nicht beantwortet werden.“

Leistungsbetrug durch Migranten (Drucksache 19/18193)

„Daten zu Betrugsfällen durch Asylsuchende werden durch das Landesamt für Flüchtlingsangelegenheiten (LAF) nicht statistisch erfasst, so dass hierzu keine Zahlen mitgeteilt werden können.“

Kosten der Ausstattung mit technischen Geräten in Flüchtlingsunterkünften (Drucksache 19/18268)

„Bei der Vielzahl der Unterkünfte des Landesamtes für Flüchtlingsangelegenheiten (LAF) und deren Betriebsdauer erfolgt keine statistische Erfassung der Anzahl und der Kosten der technischen Geräte je Unterkunft.“

Diese Liste könnte beliebig fortgesetzt werden. Tatsache aber ist: Bei jedem einzelnen Sachverhalt, der wegen angeblich nicht vorhandener „statistischer Erfassung“ nicht beantwortet wird, geht es um riesige Summen unseres Geldes. Um das Geld des deutschen Steuerzahlers, dass der schwarz-rote Senat mit einer geradezu exzessiven Großzügigkeit in der Asylindustrie versenkt.

Bei anderen Gelegenheiten wird es noch kurioser. Wenn der Senat mal

etwas weiß, werden mir die Antworten oftmals als „Verschlussache – Nur für den Dienstgebrauch“ übermittelt. Heißt: Ich darf die Zahlen nicht veröffentlichen, denn der Bürger und Steuerzahler soll nicht wissen, wofür und in welcher Höhe CDU und SPD seine hart erarbeiteten Steuergelder veruntreuen.

Unterm Strich bleibt die Erkenntnis: Die Altparteien, egal welcher Farbe, haben keinerlei Respekt vor dem Bürger, dem Souverän unseres Landes.

Das hart erarbeitete Geld der Deutschen wird von sogenannten „Volksvertretern“, die sich eher wie Feudalherrscher aufführen, mit einer geradezu unglaublichen Selbstverständlichkeit für die Interessen Fremder aus dem Fenster geworfen. Diejenigen, die dieses Geld erwirtschaften, bleiben auf der Strecke. Und sie sollen das Ausmaß der Veruntreuung auch nicht erfahren.

Sollten Sie diesen Zustand des Unrechts und der Ungerechtigkeit ändern wollen, entscheiden Sie sich bei nächster Gelegenheit für die einzige Partei, die dazu bereit und in der Lage ist, diese Zustände zu beenden. Die Alternative für Deutschland.

Gunnar Lindemann

Gunnar N. Lindemann MdB

Ihr direkt gewählter Abgeordneter für Marzahn.
Telefon: 030 / 52686873
Email: afd.buero.lindemann@gmail.com
Internet: www.gunnar-lindemann.de
Sprechstunden nach vorheriger Vereinbarung.

Jeden Montag um 18 Uhr Online-Sprechstunde auf YouTube. Scannen Sie den QR-Code, der Sie zum YouTube Kanal führt. Ich freue mich auf die Diskussion mit Ihnen.



Unsere Fraktion in der BVV

Ihre Verkehrssicherheit ist den Altparteien nicht wichtig!

Im Rahmen der Straßenarbeiten in der Eisenacher Str. in Hellersdorf ist die Alte Hellersdorfer Str. zwischen den beiden Abzweigen der Gothaer Str. vorübergehend zu einer Durchgangs- und Vorfahrtstraße umgewidmet worden. In dem Zusammenhang wurden auf einem rund 500 m langen Teilstück insgesamt vier provisorische Fußgängerüberwege installiert, die aufgrund mangelhafter, zum Teil nur



einseitiger Straßenbeleuchtung und mangelhafter, unbeleuchteter Beschilderung bei Dunkelheit und schlechtem Wetter nur schwer zu erkennen sind. Dies stellt eine unnötige Gefährdung aller Verkehrsteilnehmer dar. Die AfD-Fraktion hatte daher einen Antrag (Drucksache 1687/IX) in die Bezirksverordnetenversammlung eingebracht, wonach die Hinweisschilder an den Fußgängerüberwegen be-

leuchtet sein sollen und überdies die Straßenbeleuchtung an den Überwegen optimiert wird. Dieser Antrag wurde von allen Parteien abgelehnt. Es bleibt die Erkenntnis: Jeder Unfall, der sich auf diesem Teilstück der Alte Hellersdorfer Str. ereignen sollte, geht auf das Konto der Altparteien. Unsere herzliche Bitte an Sie: Wenn Sie dort bei Dunkelheit oder regnerischem Wetter unterwegs sind, passen Sie auf sich und Ihre Mitmenschen auf.

Martin Koblichke

Umsteigezeiten bei der Tram am S-Bahnhof Springpfuhl sind reine Schikane!

Seit dem letzten Fahrplanwechsel fahren die Verstärkerfahrten der Linie M8, aus Ahrensfelde/Stadtgrenze kommend, nur noch bis zum S-Bahnhof Springpfuhl. Dafür fährt jetzt die Linie 18, aus Hellersdorf/Rieser Str. kommend, bis zur Landsberger Allee/Petersburger Str. Die Linie 18 fährt derzeit eine Minute früher an der Tramhaltestelle S Springpfuhl ab, als die Linie M8 (Verstärkerfahrten) aus Ahrensfelde/Stadtgrenze dort eintrifft. Dies bedeutet für Fahrgäste, die an der Haltestelle S Springpfuhl, aus Ahrensfelde/Stadtgrenze kommend, in Rich-

tung Innenstadt weiterfahren wollen, dass sie eine Wartezeit von bis zu 10 Minuten in Kauf nehmen müssen. Es wäre insofern sinnvoll gewesen, die Ankunftszeiten der beiden Linien an der Haltestelle S Springpfuhl dahingehend zu verändern, dass die Linie M8 (Verstärkerfahrten) vor der Linie 18 eintrifft. So hätte ein Umstieg ohne nennenswerte Wartezeit gewährleistet werden können. Wir haben daher ei-



nen entsprechenden Antrag (Drucksache 1606/IX) in die Bezirksverordnetenversammlung eingebracht, der jedoch von allen anderen Parteien abgelehnt wurde. Wenn Sie also wieder einmal am S-Bahnhof Springpfuhl ihrem Anschluss hinterherwinken, bedanken Sie sich dafür bei der CDU, der SPD, den Grünen und der Linkspartei.

Martin Koblichke

Altparteien wollen Windkraftanlagen vor Ihrer Haustür!

Wie aus einer vom Senat veröffentlichten Studie hervorgeht, wurden potenzielle Flächen zur Errichtung von Windkraftanlagen im Land Berlin identifiziert. Die Studie „Windenergienutzung in Berlin – Prüfkulisse für den Flächenbeitragswert“ dient als Grundlage für ein Änderungsverfahren zum Flächennutzungsplan (FNP), mit dem die erforderlichen Flächen zur Erfüllung der Vorgaben des Windenergieflächenbedarfsgesetzes (WindBG) in Berlin nachgewiesen werden können. Der Senat beabsichtigt, hierzu mit den Bezirksämtern Gespräche aufzunehmen. Vor dem Hintergrund der massiven



Umweltunverträglichkeit von Windkraftanlagen ist deren Errichtung im Bezirk Marzahn-Hellersdorf grundsätzlich abzulehnen. Unsere Fraktion hatte daher einen entsprechenden Antrag (Drucksache 1739/IX) in die Bezirksverordnetenversammlung einge-

bracht. Trotz der guten Argumente, was die Versiegelung riesiger Flächen mit Stahlbeton, die nicht gewährleistete umweltgerechte Entsorgung alter Anlagen, die Lärmbelästigung für die Anwohner und die Gefahr für Vögel und Insekten angeht, wurde unser Antrag von allen anderen Parteien abgelehnt. Die Begründung eines SPD-Vertreters war: „Wir stimmen AfD-Anträgen grundsätzlich nicht zu!“ Wir möchten Ihnen diese merkwürdige Form des „Demokratieverständnisses“ zum Nachteil der Marzahn-Hellersdorfer Bürger nicht vorenthalten.

Martin Koblichke

